

Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

und Anzeiger

Bezieher: jeden Freitag nachmittags. — Fernsprecher Nr. 11. —
Postfachkonto Leipzig 23 464. — Gemeindefachkonto 14. — Bank-
konto: Postamtlicher Post Zweigstellenpost Hohenstein-Ernstthal
— Umverlagt eingetragene Anzeigen werden nicht zurückge-
geben. Einblendungen ohne Namensnennung finden keine Aufnahme.

Bei Regen, Konturen, Begleichen usw. wird der Briefoberschlag
in Rechnung gestellt. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder
sonstiger irgend welcher Art — über die Haftung der Zeitung, der
Bezieher oder der Druckereibetriebe — hat der Be-
zieher seinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der
Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Generalanzeiger für Hohenstein-Ernstthal mit Güttengrund, Oberlungwitz, Gersdorf,
Gernsdorf, Bernsdorf, Mülsdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Langenschursdorf, Reichens-
bach, Callenberg, Grumbach, Lischheim, Kufschnappel, St. Egidien, Wüstenbrand, Grüna,
Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erblich, Pleiße und Ruhdorf.



Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts, Finanzamts und
des Stadtrats zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der umliegenden Ortschaften.

Druck und Verlag von Dr. Urban Frisch.

Verantwortlich für die Schriftleitung Dr. Erich Frisch, für die Anzeigen Otto Koch

Nr. 106

Der Preis der einblättrigen Anzeigenzelle beträgt 16
der Vieltageszelle 45 Goldpfennige. Für den Nachweis
werden 16 Goldpfennige berechnet.

Freitag, den 8. Mai 1925

Bezugspreis halbjährlich 80 Goldpfennige
einschließlich Trägerlohn.

75. Jahrg.

Die bevorstehenden Noten an Deutschland

Von unserem Berliner Vertreter

Von alliierter Seite werde nunmehr für die
nächste Woche die lang erwarteten Mitteilungen
an Deutschland angekündigt. Es handelt sich da-
bei um eine Sammelnote der alliierten Re-
gierungen über die Abrüstungsfrage und
über die Räumung der nördlichen
Rheinlande sowie um eine gesonderte fran-
zösische Note über die Sicherheitsfrage.
Sobald diese Mitteilungen der alliierten Re-
gierungen bei der Reichsregierung vorliegen wer-
den, wird die Reichsregierung vor entscheidende
Beschlüsse in der Außenpolitik gestellt. Die Re-
gierung Luthers, die sich bereits auf Vorber-
handlungen in der Sicherheitsfrage eingelassen
hat, wird dann in kurzer Zeit gezwungen sein,
ein Verhandlungsprogramm aufzustellen, auf
dessen Grundlage die Auseinandersetzungen über
die Räumungs- und Sicherheitsfrage fortgeführt
werden könnten.

Solange man in Berlin noch nicht weiß, welche
Entscheidungen die alliierten Regierungen über
die Räumung der nördlichen Rheinlande fäl-
len werden, läßt sich außerordentlich schwer vor-
aussagen, ob es zu einer grundsätzlichen Verständi-
gung zwischen Deutschland und den Alliierten
kommen kann. In Berlin wird eine solche Ver-
ständigung absolut ehrlich und unabweisbar an-
gestrebt, aber man sieht in den Regierungskreisen
gewisse Gefahrenmomente, die gerade in der Ab-
rüstungsfrage eine wichtige Rolle spielen. So,
wie die alliierten Regierungen sich die Regelung
der Abrüstungskontrolle vorstellen, besteht für
Deutschland die Schwierigkeit, grundsätzliche Ein-
wendungen erheben zu müssen, ohne deren Be-
rechtigung die Reichsregierung kaum in der
Lage wäre, ihre Einwilligung zu der Lösung der
Abrüstungsfrage zu geben. Außenminister Dr.
Stresemann hat während seines Aufenthaltes
in München die Pressevertreter ausführlich
über den Stand der außenpolitischen Lage unter-
richtet. Wie wir hören, lehnt der Minister seine
gesamten Hoffnungen auf das Zustandekommen
eines Sicherheitspaktes und auf die lokale Durch-
führung der Vereinbarungen über die Räumung
des Ruhr- und Sanktionsgebietes. Nach Auffas-
sung des Außenministers würde eine dauerhafte
Entspannung der außenpolitischen Lage nur
dann möglich sein, wenn der Verständigungswille
auf der Gegenseite in diesen beiden wichtigen
Fragen nicht versagt. Im übrigen bezweifelt man
in Berlin nirgends die Möglichkeit, daß auch in
der Völkerbundsfrage eine Lösung möglich sein
wird, wenn die Räumungsfrage zur Zufrieden-
heit Deutschlands geregelt wird. Die Regierung
Luther ist fest entschlossen, nur dann einen Zu-
lassungsantrag an den Völkerbund zu richten,
wenn die Voraussetzungen dafür erfüllt sind, daß
die Alliierten die in der Räumungsfrage einge-
gangenen Verpflichtungen auch in lokaler Weise
innehalten. In einem solchen Falle wäre der ge-
eignete psychologische Augenblick gekommen, wo es
die Reichsregierung riskieren dürfte, in der Völ-
kerbundsfrage entscheidende Schritte zu tun, ohne
auf den Widerstand der Parteien zu stoßen.

Nach der Rückkehr der Reichsregierung nach
Berlin werden höchstwahrscheinlich neue diplo-
matische Sondierungsaktionen
einsetzen, die den Zweck haben, die Verhandlungs-
möglichkeiten zu verbessern. Man ist im Auswärtigen
Amt der festen Überzeugung, daß auch in
Frankreich der Verhandlungswille sich gesteigert
hat, und daß nur dann eine schwierige Lage ein-
treten könnte, wenn die alliierten Regierungen
aus dem Bericht der interalliierten Militärkomitees
in der Abrüstungsfrage zu Konsequenzen ge-

langen sollten, die für Deutschland untragbar
wären. Aus diesen Erwägungen heraus legt man
in Berlin der bevorstehenden Mitteilung über die
Militärkontrollfrage weit größere Bedeutung bei,
als der Antwort der französischen Regierung auf
die deutschen Sicherheitsanregungen, die lediglich
für die Fortführung der Sicherheitsverhandlungen,
nicht aber für die Vereingung der außen-
politischen Lage selbst von Bedeutung ist. Immer-
hin besteht begründete Aussicht darauf, daß die
Note der Botikastertkonferenz in jeder Form ge-
nähigt gehalten sein wird, sodaß durch sie nicht
allzu erhebliche Komplikationen geschaffen
werden.

Die Franzosen haben Zeit.

Dr. Stresemann hat dem Vorsitzenden des
Auswärtigen Ausschusses eröffnet, daß die Reichs-
regierung erst am 15. Mai in der Lage sein
werde, außenpolitische Erklärungen zu geben. Die
neue Aktion der deutschen Botikaster in Paris,
London und Brüssel auf Festsetzung des
Räumungsstermins der ersten Zone ist
bisher ohne Erfolg geblieben. Der
Hauptwiderstand, sich auf einen bestimm-
ten Termin festzulegen, liegt beim Kabinett
Painlevé-Briand. Auch für die ver-
tragliche Räumung des Ruhrgebietes liegen bis-
her keine Anordnungen der französischen und bel-
gischen Militärbehörden vor.

Reichsbanner, Sozialdemokratie und Hindenburg

Der diktatorische Befehl des sozialdemo-
kratischen Bundesvorsitzenden Höring an die
Angehörigen des Reichsbanners, eine
Beteiligung an dem Empfang Hin-
denburgs zu unterlassen, von der
wir gestern Kenntnis gaben, und der, wie wir
aus zuverlässiger Quelle erfahren, ohne Ein-
verständnis mit den anderen, insbesondere
der Demokratie und dem Zentrum angehörigen
Führern dieser Organisation erlassen wurde, hat
zu einer schweren Krise im Reichsbanner
geführt. Dabei geht der scharfe Protest weniger
von der Zentrumsseite als mehr von demokrati-
scher Seite aus, was sich dadurch erklären läßt,
daß in der Tat nur verschwindend kleine Gruppen
von Zentrumsangehörigen in dieser vorwiegend
sozialdemokratischen Organisation vertreten
sind, und daß vor allem der scharfe Trennungs-
streich zwischen katholischen Organisationen und
solchen der Sozialdemokratie nach wie vor besteht,
wenn er auch durch geschichtliche Zusammenhänge
gewisser Zentrumsführer nach außen hin zu rein
partei politischen Zwecken als überbrückt erscheint.
Die Demokraten hingegen, vor allem die Berliner
und Mitteldeutschen, haben sich trotz starker
jüdischer Bedenken des Reichsbanners sehr
angegenommen und sind gerade jetzt, wo so viele
von Süddeutschland herein scharfer Kampf gegen
die politische Führung einsetzt, auf das Aller-
peinlichste berührt und empfinden diesen Erlaß
des sozialdemokratischen Bundesvorsitzenden ge-
radezu als einen Dolchstoß in den Rücken der
gemeinsamen republikanischen Front. Mit bitter-
ren Worten — siehe die Auslassung der „B. Z.“
weiter unten — beklagt man sich im demokrati-
schen Lager darüber, daß die als überpartei-
lich gedachte Organisation von der Sozialdemo-
kratie systematisch zu einem Instrument
partei politischer Machtkundge-
bung ausgenutzt worden sei, daß durch das
Singen der Internationale immer wie-
der berechtigter Anlaß zu Klagen gegeben wor-
den wäre, die nationale Zuverlässigkeit des
Reichsbanners anzuzweifeln, und daß die demo-
kratischen und Zentrumsmitglieder von der
Masse der sozialdemokratischen Reichsbanner-

teute einfach an die Wand gedrückt worden
wären.

Die Kundgebung Hörings wird als kurzsch-
lig iggar als engtätig bezeichnet und es wird
angekündigt, daß prominente Mitglieder der De-
mokratischen Partei, die über das Vorgehen
Hörings empört sind, daraus die Konsequen-
zen ziehen und alsbald ihre Verbindung zum
Reichsbanner lösen werden.

Diese Vorgänge sind von großer politi-
scher Bedeutung und geeignet, eine Klä-
rung in der Gruppierung der Parteien sowohl
im Reich als auch in Preußen herbeizuführen,
was unseres Erachtens überhaupt die Kernfrage
für die kommende Innen- und Außenpolitik
Deutschlands ist.

Wir würden es für richtig halten, wenn man
im Reichstagslager mit Zurückhaltung die wei-
tere Entwicklung der Krise im Reichsbanner ab-
wartet und jeden Versuch unterläßt, auf sie Ein-
fluß zu nehmen, da solche Versuche psychologisch
nur allzu leicht das Gegenteil der erwarteten
Wirkung auslösen könnten. Die starke Betonung
des wahrhaft überparteilichen Charakters der
vaterländischen Verbände, wie sie kürzlich in
einem Artikel der Freiherrn v. Reben im „Tag-
 zum Ausdruck kam, ist unseres Erachtens der rich-
tigste und gangbarste Weg, alle vaterländischen
Kräfte ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörig-
keit um die nationale Idee zu sammeln.

In diesem Zusammenhang nicht uninteressant
ist das, was die demokratische „B. Z.“ zu
dem — ebenfalls gestern mitgeteilten — sozial-
demokratischen Einspruch gegen die Wahl Hin-
denburgs sowie zu der Reichsbannerfrage schreibt.
Zure Auslassungen darüber lauten u. a.:

Der von der Sozialdemokratischen Partei er-
hobene Einspruch gegen die Gültigkeit
der Reichspräsidentenwahl wird
am Freitag vom Wahlsprüfungsges-
richt im Reichstage behandelt werden. Es ist
zweifellos, das auch bei dieser Wahl eine
Reihe von Verstößen vorgetragen sind, von
denen der Antrag einzelne Beispiele gibt. Wird
also dem Einspruch stattgegeben, so wird als
Folge die Wahl für einzelne von Orten oder
Kreisen für ungültig erklärt, d. h. in den be-
treffenden Bereichen abgegebenen Stimmen
für sämtliche Kandidaten müssen von
der amtlich festgestellten Gesamtzahl in Abzug
gebracht werden. Selbst angenommen, daß der
Wahlprüfungsausschuß, der außer zwei Reichs-
gerichtsräten je ein Mitglied des Zentrums, der
Sozialdemokraten und der Volkspartei umfaßt,
sämtliche beanstandete Einzelfälle als zureichend
anerkennt, wird sich eine Wahlverschönerung
schwerlich ergeben. Es kann sich nur darum han-
deln, daß allen drei Kandidaten eine Anzahl von
Stimmen verlorengehen und dadurch eine
kleine prozentuale Verschiebung
am Endergebnis eintritt, daß sich dadurch die
effektiven Mehrheitsverhältnisse verändern könn-
en. Angesichts dieses Sachverhaltes erscheint der
Protest als eine vom politischen Standpunkt we-
nig zweckmäßige und der Antrag, die Wahl
Hindenburgs für ungültig zu erklären, sogar
als eine recht ungeschickte, weil gesche-
lichbare nicht vorgesehene und durch-
führbare Maßnahme.

Die Ablehnung des Oberpräsidenten
Höring, sich mit dem Reichsbanner an dem
Empfang Hindenburgs zu beteiligen,
gibt der gleichen Zeitung Anlaß zu folgenden
nachdenklichen Betrachtungen:

Insofern technische Schwierigkeiten, eine an-
sprechende Beteiligung schwarz-rot-goldener For-
mationen herbeizuführen, für den Beschluß Hör-
ings maßgebend gewesen sein könnten, ist jeden-
falls seine Begründung in der Form
recht unglücklich, und es hätte sich zwei-

ellos eine andere Fassung finden lassen müssen.
Vielleicht läßt sich doch noch eine Revision des
Beschlusses Hörings ermöglichen, denn es handelt
sich gar nicht um eine Frage der Beziehungen
zwischen schwarz-weiß-rotten Verbänden, sondern
nur um die Beziehungen zwischen demokratischen
Verbänden und dem demokratisch gewählten
Reichspräsidenten.

Bestimmung zwischen Sozialdemokratie und Mittelpartei

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 8. Mai.

Wie wir hören, ist man in den Kreisen der
Sozialdemokratie außerordentlich verstimmt
darüber, daß der sozialdemokratische Ein-
spruch gegen die Gültigkeit der Wahl
Hindenburgs von den anderen Reichsparteien
keinerlei Unterstützung gefunden hat.
Der linke Flügel der Sozialdemokratie verlangt
daher, daß die sozialdemokratische Partei in ihrer
schärfsten Opposition gegen den Rechtskurs im
Reich keinerlei Rücksicht mehr auf die vermit-
telnde Haltung des Zentrums und der Demokra-
ten nehmen solle. Alle bisherigen Bindungen
mit diesen beiden Parteien müßten durchweg ge-
lockert werden.

Rückkehr des Reichskabinetts nach Berlin

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 8. Mai.

Das Reichskabinett hat nunmehr sel-
nen Münchener Aufenthalt beendet und
sich nach der Reichshauptstadt zurückbegeben.
Reichskanzler Dr. Luther wird morgen Sonn-
abend die Parteiführer empfangen, um mit ihnen
über die durch den Amtsantritt des Reichspräsi-
denten v. Hindenburg eintretende politische
Lage zu beraten. Gleichzeitig wird der Kanzler
die Parteiführer befragen, ob sie in der Frage
der Erweiterung des Reichskabinetts irgend-
welche Vorschläge zu machen hätten. Nach der An-
kunft des Reichspräsidenten von Hindenburg in
Berlin wird eine neuerliche Bepfändigung zwischen
dem Reichskanzler und Generalfeldmarschall von
Hindenburg stattfinden.

Keine Umbildung der Reichsregierung

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 8. Mai.

Wie wir aus parlamentarischen Kreisen er-
fahren, werden die Bemühungen, nach dem
Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten eine
Umbildung der Reichsregierung
vorzunehmen, an der Haltung der beteiligten
Parteien völlig scheitern. Bei der gegenwärtigen
Konstellation im Reichstag hält man es für
ganz ausgeschlossen, daß zwischen den Deutsch-
nationalen und den Mittelparteiern ein Kom-
promiß über die Regierungsfrage zustande-
kommen könnte und hält es für am richtigen,
das gegenwärtige Reichskabinett in seiner gegen-
wärtigen Form beizubehalten.

Die deutsch-russischen Beziehungen

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 8. Mai.

Wie wir hören, steht die Rückreise des
deutschen Botikasters in Moskau, Graf Brod-
dorf-Ranau, der gegenwärtig in Berlin
weilt, nach der russischen Hauptstadt unmittelbar
bevor. Inzwischen hat sich auch der sowjetrussische
Botikaster in Berlin, Krestinski, nach Mos-
kau begeben. Die Reisen dieser beiden Diplo-
maten stehen im engsten Zusammenhang mit einem
Meinungsaustausch, der gegenwärtig
zwischen der deutschen und der sowjetrussischen
Regierung stattfindet. Dieser Meinungsaus-
tausch hat das Ziel, die deutsch-russischen Bezie-
hungen zu festigen und zu verhindern, daß durch
die gegenwärtige politische Lage eine Entfrem-
dung zwischen den beiden Staaten eintritt. Nach
seiner Rückkehr nach Berlin wird der russische
Botikaster Krestinski Bepfändigungen mit Reichs-
kanzler Dr. Luther und Außenminister Dr.
Stresemann haben.